

17.10.24 Kundgebung FRIKO Platz des 18. März „Not welcome, Mr. President“

Rede Wiebke Diehl, Journalistin und Autorin

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

es tut wirklich bitter Not, dass wir heute hier stehen und dem US-Präsidenten laut und deutlich sagen, dass wir ihn nicht willkommen heißen! Wir wollen weder ihn noch seine Mittelstreckenwaffen, die die Bundesregierung an der Bevölkerung und am Parlament vorbei in Deutschland stationieren will. Und die uns alle in Gefahr bringen. Dagegen müssen wir zu jeder Gelegenheit protestieren!

Wir sagen aber auch und dieser Tage ganz besonders laut nein zur US-amerikanischen Politik im Nahen und Mittleren Osten, wo alle bisherigen US-Regierungen eine lange und schmerzhaft blutige Spur hinterlassen haben. Vom Irak über den Jemen, Palästina, Syrien, den Libanon oder Libyen... die Liste ließe sich problemlos weiterführen.

Jutta hat darauf hingewiesen, dass die USA seit ihrem Bestehen überall auf der Welt Krieg geführt haben.

Und sie tun dies nicht nur durch direkte Militärinterventionen, sondern auch mit brutalen Wirtschaftskriegen, die unendliches Leid über die Bevölkerung bringen. Mit dem Ziel, dass sie ihre Regierung stürzen und so US-amerikanische geopolitische Interessen befördern soll. Da ist der Weg zur Akzeptanz des israelischen Aushungerns der Bevölkerung im Gazastreifen kein weiter mehr...

Momentan sind deutsche Medienvertreter ganz aufgeregt: „ungewöhnlich scharf“ hätten US-Außenminister Anthony Blinken und Verteidigungsminister Lloyd Austin Israel kritisiert, heißt es. Weil sie in einem Brief ihre „tiefe Besorgnis“ über die humanitäre Situation im Gazastreifen geäußert haben und bemängelten, dass seit einigen Wochen auch im Libanon wahllos ganze Wohnviertel inklusive der Bevölkerung ausgemerzt werden. Mit US-amerikanischen Waffen wie schon in Gaza. Diese Heuchelei ist wirklich unerträglich!

Die beiden haben gar gefordert, dass mindestens 350 Ladungen Hilfsgüter pro Tag in das Freiluftgefängnis Gaza gelassen werden sollen. Nur zum Vergleich: vor dem 7. Oktober 2023 waren es rund 500 täglich. Und auch die reichten bei weitem nicht aus.

Jetzt haben also Blinken und Austin eine Frist von 30 Tagen gesetzt, damit die Bevölkerung zumindest mit den kleinsten Almosen versorgt wird. Während Bomben auf sie niederprasseln und Menschen bei lebendigem Leib verbrennen. Über 42.000 Menschen haben nach offiziellen Angaben bereits ihr Leben verloren. Laut der renommierten britischen medizinischen Zeitschrift The Lancet sind es gar mindestens 186.000.

Und die israelische Regierung? Sie hat auf die Forderung aus Washington und auf einen vor kurzem veröffentlichten Brief von 99 US-amerikanischen, ehemals in Gaza eingesetzten Gesundheitsmitarbeitern bereits reagiert: mit einer sofortigen Einreisesperre für US-amerikanische Ärztinnen und Ärzte nach Gaza... Dass Konsequenzen aus Washington ausbleiben, wird hier wohl kaum jemanden wundern...

Und fällt euch etwas auf? Genau, der Stichtag, zu dem Israel die Forderung erfüllen soll, die übrigens explizit nicht als Drohung verstanden werden soll, wie der Sprecher des Nationalen Sicherheitsrates im Weißen Haus, John Kirby, noch einmal betonte, liegt nach den US-

amerikanischen Präsidentschaftswahlen. Alle Beteiligten können also ruhig schlafen. Denn wie auch immer die Karten am 5. November gemischt werden: niemand wird sich an dieses angebliche Ultimatum gebunden fühlen.

Aber vielleicht, so das Kalkül, kann die demokratische Kandidatin Kamala Harris mithilfe der leeren Worte Blinkens und Austins doch noch ein paar Stimmen aus der arabischstämmigen Wählerschaft zurückerlangen. Und dafür wird der Druck – natürlich rein verbal – ganz hochgeschraubt: laut US-Gesetzen sei es untersagt, Militärhilfe an Staaten zu leisten, die US-amerikanische humanitäre Hilfen behindern, so die beiden Kämpfer für Menschenrechte, Blinken und Austin in ihrem Brief.

Das ist natürlich im letzten Jahr keinem in der US-Regierung aufgefallen.

Zwar gibt das Pentagon die Kosten der US-Militärunterstützung für Israel seit dem vergangenen Oktober nicht bekannt. Aber die Studie „Costs of War“ der Brown University schätzt, dass allein für die zusätzlichen US-Militäraktivitäten gegen den Jemen in diesem Zeitraum 4,86 Milliarden US-Dollar angefallen sind.

Und nur mal nebenbei: die US-amerikanisch geführte Koalition der Willigen konnte genauso wenig wie die EU-Mission EUNAVFOR Aspides verhindern, dass die jemenitischen Ansarollah, die einst als Flip-Flop-Fraktion belächelt wurden, die westliche Dominanz des Seehandels längst beendet haben. Denn die Gleichungen aus der Vergangenheit haben keine Gültigkeit mehr. Sowohl Israel als auch die USA sind durch bewaffnete Akteure in der Region ernsthaft in Bedrängnis.

Die US-Militärstützpunkte werden insbesondere aus dem Irak beschossen. Aus dem Irak, dessen Parlament bereits im Januar 2020 einstimmig den Abzug aller ausländischen Truppen gefordert hat. Weshalb Washington mit Unterstützung der Bundesregierung den IS nicht nur großredet, sondern längst auch wieder befördert. Um die Verhandlungen mit Bagdad um einen Truppenabzug zu vereiteln.

Wohin sonst sollte man auch die aus Syrien tagtäglich gestohlenen Ressourcen – insbesondere Erdöl und Weizen – verbringen, wenn nicht wie bisher auf die eigenen Militärstützpunkte im Irak?

Entgegen aller anderslautenden Behauptungen dauert die US-Besatzung im Irak ohnehin bis heute an. Jeder Cent irakischer Öleinnahmen fließt bis heute in die USA. Um die eigene Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Medikamenten versorgen zu können, muss Bagdad Anträge stellen, bevor die benötigten Gelder freigegeben werden. Von souveränen irakischen Entscheidungen kann also keinerlei Rede sein!

Aber zurück zu Washingtons Unterstützung des israelischen Vernichtungsfeldzugs in Gaza und inzwischen auch im Libanon:

Laut der oben zitierten Untersuchung der Brown University hat Israel aus den USA im vergangenen Jahr Militärhilfen im Wert von Sage und Schreibe 17,9 Milliarden US-Dollar erhalten. Das ist der höchste Betrag, den die USA je innerhalb eines einzigen Jahres gezahlt haben. Darunter waren bunkerbrechende Waffen und Präzisionsbomben, mit denen ganze Viertel in Schutt und Asche gelegt wurden.

Schämen Sie Sich, Herr Präsident und stoppen Sie diese Beihilfe zu Kriegsverbrechen umgehend!

Aber daran ist gar nicht zu denken:

Am 13. August hat die US-Regierung zusätzliche Rüstungsverträge mit Israel im Wert von 20,3 Milliarden US-Dollar angekündigt, die derzeit noch im Kongress geprüft werden.

Ja, die Regierung Netanjahu, die rechteste, die Israel je hatte, ist nicht unter Kontrolle. Aber ohne Zustimmung Washingtons wäre sie viele Schritte nicht gegangen. Hätte man ihr kein grünes Licht für einen Krieg gegen den Libanon gegeben, wären nicht inzwischen 2.000 Todesopfer zu beklagen.

Ohne die US-amerikanischen Waffenlieferungen könnten diese Kriege nicht geführt werden. Herr Biden ist allein darum eindeutig Mittäter! Genau wie es auch sein Nachfolger sein wird, ob es sich nun um Kamala Harris oder Donald Trump handelt.

Es stimmt, dass die Regierung Netanjahu versucht, den Westen in einen umfassenden regionalen Krieg, der völlig außer Kontrolle geraten würde, zu ziehen, um von den eigenen militärischen Misserfolgen insbesondere im Gazastreifen und an der Grenze zum Libanon abzulenken. Aber das ist nur die halbe Wahrheit. Um eine multipolare Weltordnung, in der man nicht mehr der alleinige Hegemon ist, vielleicht doch noch verhindern zu können, ist Washington bereit, bis zum Äußersten zu gehen. Mit der Bundesregierung im Schlepptau, die wirklich der beste Vasall ist, den sich die US-Administration wünschen kann. In diesem Ausmaß taugen selbst die Saudis und die Emiratis längst nicht mehr.

Aber der Widerstand im globalen Süden ist zum Glück groß. Dort setzt man sich – wie bereits im Ukrainekrieg – für ein Ende des Nahostkriegs ein. In der UN-Vollversammlung stimmt die allergrößte Mehrheit der Welt dafür, endlich einen palästinensischen Staat zu gründen und die Bevölkerung für die jahrzehntelange Besatzung zu entschädigen. Man fordert ein Ende der israelischen Bombardierungen, insbesondere im Libanon, in Syrien und in Palästina. Man klagt vor dem Internationalen Gerichtshof, allen voran Südafrika und Nicaragua.

Wir dürfen die Hoffnung nicht aufgeben, uns gemeinsam gegen die US-Regierung und gegen die Bundesregierung durchzusetzen.

Wir müssen ihrer Heuchelei das Handwerk legen und gemeinsam für eine gerechtere Welt streiten!